



Verschuldung Öffentlicher Gesamthaushalt zum Ende des 3. Quartals 2024

Auch im 3. Quartal 2024 ist die Verschuldung des Staates weiter angestiegen und beläuft sich nun auf 2,49 Billion Euro. Die kommunale Verschuldung wuchs prozentual mit +5,6 Prozent auf nunmehr 163,4 Mrd. Euro im Vergleich zu Bund und Länder wieder am stärksten an. Berücksichtigt ist dabei sogar schon die anteilige Altschuldenübernahme durch das Land in Rheinland-Pfalz. Die bereits seit einiger Zeit absehbare strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene spiegelt sich nun immer stärker auch in der Finanzstatistik wider. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie ist der kommunale Schuldenberg um ein Viertel angewachsen. Dynamisch steigende Zinsausgaben infolge höherer Schulden insgesamt sowie auslaufen der Kredite aus der Niedrigzinsphase belasten die kommunalen Haushalte zusätzlich. Die Einnahmen können schon längst nicht mehr mit den weiter dynamisch steigenden Ausgaben für soziale Leistungen, Personal und allgemein inflationsbedingte Kostensteigerungen mithalten. Steuern Bund und Länder hier nicht schleunigst gegen, ist ein vollständiges Einbrechen der kommunalen Investitionstätigkeit zu befürchten.

Am 19.12.2024 hat das Statistische Bundesamt die vorläufigen Zahlen zur Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts zum 30.09.2024 veröffentlicht. Beim nicht-öffentlichen Bereich beläuft sich der Schuldenstand nunmehr auf insgesamt 2.488,59 Mrd. Euro (29.457 Euro/Einw.). Im Vergleich zum Jahresende 2023 stieg die Verschuldung damit um 1,8 Prozent (43,5 Mrd. Euro) an. Gegenüber den Zahlen zum Ende des 2. Quartals 2024 nahm die Verschuldung um 1,2 Prozent (28,5 Mrd. Euro) zu.

Bund

Gegenüber dem Jahresende 2023 wuchs die Verschuldung des Bundes um 1,3 Prozent (+22,8 Mrd. Euro) auf 1.719,1 Mrd. Euro. Die Verschuldung des Sondervermögens „Wirtschaftsstabilisierungsfonds Corona“ sank im 3. Quartal 2024 um 24,0 Prozent (8,9 Mrd. Euro) auf 28,1 Mrd. Euro, während das „Sondervermögen Bundeswehr“ im gleichen Zeitraum einen Schuldenanstieg um 166,7 Prozent (9,7 Mrd. Euro) auf nunmehr 15,5 Mrd. Euro verzeichnete.

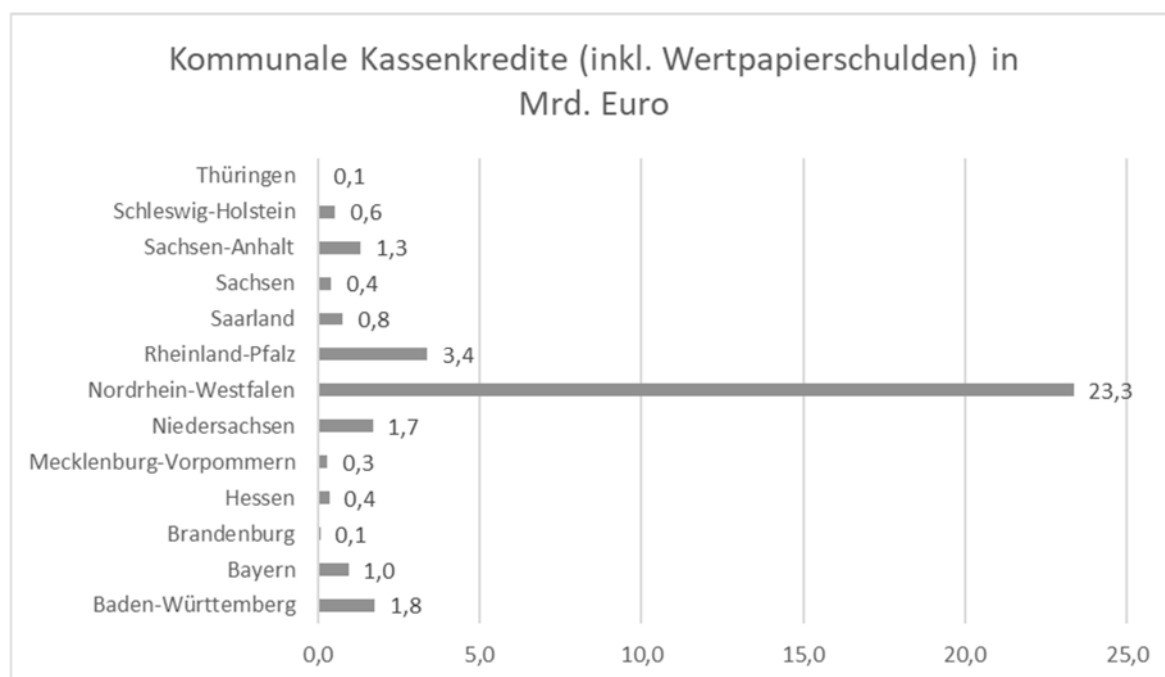
Länder

Im Vergleich zum Jahresende 2023 (-1,4 Prozent bzw. -8,4 Mrd. Euro) erhöhte sich die Verschuldung der Länder um 2,0 Prozent (+11,9 Mrd. Euro) auf insgesamt 606,1 Mrd. Euro. Prozentual war der Schuldenanstieg in Mecklenburg-Vorpommern (+13,0 Prozent), Rheinland-Pfalz (+10,6 Prozent), Berlin (+8,1 Prozent) und Hessen (+7,9 Prozent) am höchsten. Zu beachten sind dabei aber auch Sondereffekte, so schlägt in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel die Refinanzierung von Krediten beim öffentlichen Bereich am Kapitalmarkt, als beim nicht-öffentlichen Bereich, statistisch durch und in Rheinland-Pfalz kommt im Wesentlichen die Übernahme kommunaler Schulden im Rahmen des Programms „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“ zum Tragen.

Gemeinden

Den höchsten Schuldenanstieg, trotz der teilweisen Altschuldenübernahme in Rheinland-Pfalz, verzeichnet mit +5,6 Prozent (8,7 Mrd. Euro) gegenüber dem Jahresende 2023 wieder die Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände. Mittlerweile belaufen sich die Schulden auf 163,36 Mrd. Euro (2.091 Euro/Einw.). Damit ist die kommunale Verschuldung allein im letzten Quartal um weitere 4,3 Mrd. Euro (+2,7 Prozent) angestiegen. Die Entwicklung verlief dabei regional unterschiedlich: Statistisch wuchsen prozentual vor allem in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Mecklenburg-Vorpommern (+12,3 Prozent), Sachsen (+11,8 Prozent), Bayern (+9,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (+9,4 Prozent) die Schulden merklich auf. Einen Rückgang der Verschuldung gab es lediglich in Rheinland-Pfalz (-16,7 Prozent), hier allerdings auch nur aufgrund des Entschuldungsprogramms des Landes, in Thüringen (-2,1 Prozent) und im Saarland (-0,5 Prozent).

Der kommunale Kassenkreditbestand beträgt zum Ende des 3. Quartals 2024 insgesamt 32,155 Mrd. Euro. Die Wertpapiersschulden belaufen sich auf insgesamt 2,924 Mrd. Euro. Da die Wertpapiersschulden zumeist zur Liquiditätssicherung aufgenommen werden und diese daher auch bei der Altschuldenschuldenproblematik mit einzubeziehen sind, werden sie in der folgenden Länder-Grafik zusammen ausgewiesen:



Die kommunalen Investitionskredite hatten zuletzt ein Volumen von 117,544 Mrd. Euro.

Betrachtet man nur die Kernhaushalte, so belaufen sich die kommunalen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich auf 136,932 Mrd. Euro. Davon sind 30,108 Mrd. Euro Kassenkredite und 2,916 Mrd. Euro Wertpapiersschulden.

Die Verschuldung der Kernhaushalte beträgt bei den kreisfreien Städten 54,5 Mrd. Euro, bei den kreisangehörigen Gemeinden 63,6 Mrd. Euro und bei den Landkreisen und Bezirksverbänden 18,9 Mrd. Euro.

Anmerkung:

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes verdeutlichen erneut die immer schwieriger werdende Finanzlage der Städte und Gemeinden. Zum wiederholten Male wuchs die Verschuldung auf kommunaler Ebene prozentual am stärksten an. Tatsächlich wäre der Schuldenaufwuchs sogar noch stärker ausgefallen, wenn nicht die Übernahme von Altschulden durch das Land Rheinland-Pfalz statistisch zum Tragen gekommen wäre.

Betrachtet man quartalsweise die Entwicklung der kommunalen Verschuldung seit dem 30. September 2011, ist festzustellen, dass es den Kommunen seit dem „Höhepunkt“ 2015 (145,5 Mrd. Euro) bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie kontinuierlich gelang, Schulden abzubauen. Seitdem ist der Anstieg jedoch rasant. Im Vergleich zum Jahresende 2019 hat die kommunale Verschuldung, trotz zwischenzeitlicher Altschuldenübernahme, um 25 Prozent zugelegt!

(Quelle: DStGB-Aktuell 5124-07)

jl-ru